

Auf Abwegen



KLIMASCHUTZ Kanada steigt aus dem Kyoto-Protokoll aus, weil es mit seiner Ölsand-Industrie zur Energie-Supermacht werden will. Kritiker sehen in dieser Strategie eher „umgekehrte Alchemie“: die Verwandlung von Gold in Blei.

VON UNSEREM MITARBEITER ROMAN GOERGEN

Toronto – Elizabeth Mays politische Existenz in Kanada ist nicht einfach. Die Parteivorsitzende der Grünen führt das Leben einer Randerscheinung im Parlament von Ottawa, wo Sitze ausschließlich als Direktmandate im Mehrheitswahlrecht vergeben werden. So repräsentiert May das einzige Mandat, das die Grünen bei den Parlamentswahlen im Mai ergattern konnten und fühlt sich oft als einsame Streiterin für die Umwelt in der Hauptstadt. Auch sonst haben die Grünen in Kanada es schwer, den Menschen Umweltthemen nahe zu bringen. Das Leben der Kanadier ist geprägt von den großen Distanzen in dem zweitgrößten Land der Erde, die auf oft holprigen Pisten mit benzinschluckenden Trucks überwunden werden. Im Winter wird kräftig gegen die eisige Kälte geheizt. Und die klimaschädliche Ölsand-Industrie in der Provinz Alberta schafft zehntausende von Arbeitsplätzen.

Doch am Dienstag hatte May für einen Moment das Interesse der Nation auf ihrer Seite. Kanadas Umweltminister Peter Kent hatte nach seiner Rückkehr von der Klimakonferenz in Durban Kanadas Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll verkündet – zum Unmut der internationalen Gemeinschaft. „Dies ist eine eindeutige Botschaft an den Rest der Welt – Kanada schert sich nicht“, schimpfte die Grünen-Vorsitzende auf einer Pressekonferenz in Ottawa.

May wirft der konservativen Regierung unter Premierminister Stephen Harper sogar vor, Gesetzesbruch zu begehen. Die Vorgaben des Kyoto-Protokolls seien 2007 in ein Gesetz verwandelt worden, das in Kanada nach wie vor gültig sei und nicht einfach ohne Einbezug des Parlaments ausgesetzt werden könne. „Ich frage mich, ob der Premierminister wirklich glaubt, er könne einfach ein nationales Gesetz missachten, ohne eine Debatte im Parlament zu haben.“

Während erste Meinungsumfragen in Kanada darauf hindeuten, dass eine Mehrheit der Bürger dem Kyoto-Ausstieg zumin-

dest als problematisch erachtet, verwiesen Kommentare oft darauf, dass die Entscheidung dennoch auf ein wenig ausgeprägtes Umweltbewusstsein zurückginge. So schreibt ein Kommentator der Zeitung Globe and Mail: „Wenn wir vor der Wahl stehen zwischen persönlichen Unbequemlichkeiten zur Reduktion von Treibhausgasen und der Versicherung, dass fossile Brennstoffe billig und reichlich bleiben, entscheiden wir uns konstant und mit überwältigender Mehrheit für das letztere.“ Die Regierung habe aus diesem Verhalten lediglich ein Mandat für ihr Handeln abgeleitet.

„Uns wurde versichert, dass die Ölsand-Industrie in den nächsten 25 Jahren rund 2,3 Billionen Dollar an Wirtschaftsaktivität verursachen wird.“

Joe Oliver
Kanadischer Minister

Experten verweisen auch darauf, dass der Zeitpunkt für internationale Empörung über die Umweltpolitik Kanadas ohnehin sehr spät gewählt sei. Das Land habe sich nämlich nicht erst durch den Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll zum Klimasünder gemacht. Vielmehr wurden die Vorgaben niemals umgesetzt. Die Regierung hatte sich verpflichtet, Emissionen zwischen 2005 und 2020 um 17 Prozent zu reduzieren – nicht annähernd genug für die Kyoto-Vorgaben.

Die Entscheidung war somit aus kanadischer Sicht vor allem von finanzieller Natur. Umweltminister Kent wollte mit der von politischen Experten schon lange prognostizierten Flucht vor Kyoto den anstehenden Strafgel-

bühren für die Verletzung des Umweltprotokolls zuvorkommen. Nach Kents Angaben erspart sich die Regierung mit dem Schritt Strafgebühren in Höhe von 14 Milliarden Dollar.

Somit geht es Kanada vor allem ums Geld. Der wichtigste Aspekt im Zusammenhang mit der andauernden Missachtung der Kyoto-Vorgaben sind eindeutig die Bedürfnisse der Ölsand-Industrie, die gleichermaßen hauptverantwortlich für die Emissionen des Landes aber auch für zehntausende von Arbeitsplätzen ist. Nach Angaben der Ölsand-Industrie selbst werden in den nächsten 25 Jahren bis zu einer halben Million Jobs direkt oder indirekt von Schieferöl abhängig sein.

Premierminister Harper sieht die geschätzten 180 Milliarden Barrel, die noch aus dem Ölsand gefördert werden können als Mittel, um Kanada nach eigenen Worten in eine „Energie-Supermacht“ zu verwandeln. Joe Oliver, Minister für Natürliche Ressourcen in Harpers Kabinett, sagt: „Uns wurde versichert, dass die Ölsand-Industrie in den nächsten 25 Jahren rund 2,3 Billionen Dollar an Wirtschaftsaktivität verursachen wird.“

Laut Umweltstudien ist die Ölsand-Industrie jedoch ökologisch unhaltbar. Sie benötige ein Barrel Öl, um drei Barrel Öl zu produzieren, was zu gewaltigen Treibhaus-Emissionen führt. Es wird geschätzt, dass bis 2012 der Energieaufwand in der Ölsand-Förderung dem Heizbedarf aller kanadischen Haushalte gleichkommen wird. Dabei werde relativ sauberes natürliches Gas verbrannt, um schmutziges Schieferöl zu gewinnen – ein Vorgang, der von kritischen Wissenschaftlern als 'rückwärtige Alchemie' verspottet wird, weil es so logisch sei, wie Gold in Blei zu verwandeln.

Doch Ölsand-Boom und Kyoto-Ausstieg können auch von den Grünen May kaum noch verhindert werden. Selbst wenn die Klima-Entscheidung noch vor dem kanadischen Parlament landet, stehen die Chancen schlecht. Dort hat die konservative Regierung seit den Wahlen im Mai eine absolute Mehrheit.

Nachrichten

Kaum noch Phosphat in Waschmitteln

Straßburg – In der EU wird es bald kaum mehr Phosphate in Wasch- und Reinigungsmitteln geben. Das EU-Parlament stimmte am Mittwoch für strenge Grenzwerte. In Waschmitteln dürfen ab 2013 höchstens 0,5 Gramm Phosphatverbindungen verbleiben, für Spülmittel gilt dies ab 2017. dpa

Schlappe für SVP bei Regierungsbildung

Bern – Bei der Wahl der neuen Schweizer Regierung ist die nationale-konservative Schweizerische Volkspartei (SVP) mit ihrer Forderung nach zwei der insgesamt sieben Ministerposten gescheitert. Stattdessen bestätigten die beiden Kammern des Parlaments in Bern Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf von der liberalen Partei BDP im Amt. Ihren Kabinettsposten hatte die SVP für sich reklamiert. Damit blieb die bisherige parteipolitische Zusammensetzung erhalten. dpa

Präsident wird künftig direkt gewählt

Prag – Tschechiens Bürger sollen ihren Präsidenten in Zukunft selbst wählen können. Eine entsprechende Verfassungsänderung billigte das Abgeordnetenhaus in Prag am Mittwoch mit großer Mehrheit. Bislang wurde der Präsident von den beiden Kammern des Parlaments gewählt. dpa

Sacharow-Preis an Arabischen Frühling

Straßburg – Zwei Aktivisten des Arabischen Frühlings aus Ägypten und Libyen haben in Straßburg den Sacharow-Preis des EU-Parlaments erhalten. Der Tunesier Mohammed Bouazizi, der sich 2010 angezündet hatte, wurde posthum geehrt. Zwei syrische Preisträger konnten nicht anreisen. dpa